

Beschluss:

1. Die Fachstelle für Demokratie organisiert im Auftrag des Stadtrates ein Hearing zu den genannten Erscheinungsformen des Antisemitismus im November 2021.
2. Als Gäste sollen die Stadträt*innen eingeladen werden, die in den Ausschüssen VPA, KVA, SOZ, Bildung, RAW und KULT tätig sind.
3. In dem Hearing soll auch mündlich oder in schriftlicher Form der Aktionsplan gegen Antisemitismus vorgelegt werden.
4. Die Fachstelle für Demokratie wird nicht umbenannt.
5. Die Anträge 20-26 / A 01320 und A 01604 der Fraktionen Grünen/RL und SPD/Volt sowie der Antrag 20-26 / 01533 der CSU-Fraktion gelten damit als geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrats.